Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 88 (1994)
Heft: 7-8

Artikel: Brief aus dem Nationalrat : die Schweiz ist unregierbar geworden
Autor: Leemann, Ursula
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143849

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Schweiz ist unregierbar geworden

Ein Thema beherrschte unsere Diskussionen in der Junisession: die *krasse Missachtung des Volkswillens,* die immer stärker beeinträchtigte Glaubwürdigkeit von Bundesrat und Parlament. Die N9 zwischen Siders und Brig soll trotz *Alpeninitiative* voll ausgebaut werden. Das *Rentenalter* der Frauen wird erhöht, obwohl eine Mehrheit der Bevölkerung dies ablehnt. Parlamentarische Initiativen zur *Marktmiete* werden überwiesen, obwohl alle Sachverständigen von ihr Mietzinserhöhungen erwarten, die für viele Mieterinnen und Mieter nicht mehr verkraftbar sind und öffentliche Unterstützung notwendig machen. Ein Moratorium für *Zivilschutzbauten* findet keine Gnade, obwohl in lokalen Abstimmungen die Skepsis der Bevölkerung immer wieder zum Vorschein kommt und hier sehr wohl gespart werden könnte...

Der Graben zwischen «classe politique» und Bevölkerung

Neu ist diese Missachtung des Volkswillens freilich nicht. Initiativen sind schon früher unterlaufen worden, erinnert sei an die *Preisüberwachung* und an *«Rothenturm».* Und um die Glaubwürdigkeit der Behörden ist es spätestens seit der *Kopp-Affäre* und dem *Fichenskandal* nicht mehr zum besten bestellt. Die Wut vieler Leute ist zu spüren; sie macht sich im Gespräch, in Kommentaren und Leserbriefen bemerkbar.

Im Zusammenhang mit der *Bundesrätinnenwahl* habe ich vor gut einem Jahr an dieser Stelle über den Graben zwischen der «classe politique» und der Bevölkerung geschrieben, und ich gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Mobilisierung der Frauen etwas zum Guten bewirken würde. Es war eine Hoffnung, die schon im März dieses Jahres anlässlich der nationalrätlichen Behandlung des *Gleichstellungsgesetzes* empfindlich gedämpft worden ist. Soll ich diese Hoffnung definitiv aufgeben? Wird der besagte Graben zu einer Konstanten unserer Politik? Einer Konstanten, die von Zeit zu Zeit zwar Wut auslöst, die aber doch, in hilfloser Frustration oder mit achselzuckender Resignation, hingenommen wird? Auch von einer Linken, die sich, in den gleichen Topf geworfen, zu Unrecht diskreditiert vorkommt? Wie anders als durch immer neues Thematisieren sollen wir uns wehren?

Die Abstimmung vom 12. Juni zeigt den anderen schmerzhaften Aspekt der Sache in aller Schärfe: Vorlagen, die im Parlament eine breite Zustimmung erfuhren, finden bei den Stimmberechtigten keine Gnade. Die *Blauhelm-Vorlage* beispielsweise ist im Nationalrat mit 127 zu 23 Stimmen gutgeheissen worden, die *erleichterte Einbürgerung* junger Ausländerinnen und Ausländer mit 134 zu 19. Siegerin nach diesem traurigen Abstimmungswochenende ist einzig die äussere Rechte, die es aufs beste und perfideste versteht, das Misstrauen gegen «Bern» zu schüren – als ob sie, so weit die SVP betroffen ist, nicht selber «classe politique» par excellence wäre und ihre Klientel nicht in ausgeprägtestem Masse von diesem Staat profitierte. Leider lässt sich nicht bezweifeln, dass die unsäglich demagogische, populistisch-nationalistische Politik der Rechten nicht nur bei Abstimmungen, sondern auch bei Wahlen durchaus erfolgreich ist, beispielsweise diejenige der SVP im Kanton Zürich oder der Lega im Tessin.

Verliererin ist einmal mehr die Linke,

allerdings nicht nur sie. Der liberalere Flügel der Freisinnigen – soweit er überhaupt noch existiert – und vor allem die CVP müssten sich ihre Politik sehr ernsthaft überlegen. Glauben diese Parteien tatsächlich, dass sie sich Kehrtwendungen wie bei der *Alpeninitiative* und fehlende Kompromissbereitschaft im *Sozialbereich* auf die Dauer unbeschadet leisten können? Sie glauben es offenbar, und bisher sind bürgerliche Parlamentarier trotz Doppelzüngigkeit, trotz gebrochener Wahlversprechen ja auch regelmässig wiedergewählt worden – was ich nicht ganz ohne Bitterkeit an die Adresse von vielen wütenden Stimmberechtigten sagen kann. Bezahlt wird die Rechnung aber schon heute vom ganzen Land; die verspielte Glaubwürdigkeit rächt sich mehr und mehr. Drei Bundesratsparteien gemeinsam bringen keine Vorlage durch; die Schweiz ist unregierbar geworden, ist nicht mehr in der Lage, über den allerengsten Horizont hinaus und in die Zukunft zu schauen und notwendig gewordene Reformen durchzuführen.

Langfristig entscheidend ist Glaubwürdigkeit

Österreich hat sich an diesem Wochenende des 12. Juni als aufgeschlossener und zukunftsorientierter erwiesen als die Schweiz. Ein Graben zwischen «classe politique» und Bevölkerung existiert indessen nicht nur in unserem Land. In *Italien* sind die etablierten Parteien weggefegt worden; wie lange es dauern wird, bis die Neuen das Vertrauen verspielt haben, wird sich weisen – an Korruptionsvorwürfen fehlt es ja bereits heute nicht. Die *Deutschen* in West und Ost haben laut Spiegel (5/94) ein neues «Feindbild»: die Politiker, die mit beschämender Unehrlichkeit, mit Bestechlichkeit und Eigennutz nur noch Hass und Verachtung auf sich ziehen. Zuoberst auf der Wunschliste an die Qualität der Kandidierenden stehen umgekehrt die überzeugenden Argumente sowie die Fähigkeit, den Willen der Bevölkerung zu erspüren und zu verwirklichen.

Dieser Wunsch – er dürfte für die Schweiz ebenso gelten wie für die Bundesrepublik – ist angesichts aller Affären überaus verständlich. Und doch ist er in verschiedener Hinsicht auch illusorisch oder sogar irreführend. Nicht nur, weil trotz allem bei den Wahlen die diskreditierten Bisherigen obenaus schwingen. Sondern weil im *Zeitalter der Massenmedien* differenzierende Argumente bekanntlich meist zu kurz kommen, während das «Holzschnittartige» durchaus im Vorteil ist. Wird vielleicht die Eingängigkeit von Schlagworten mit Überzeugungskraft verwechselt? Sind gute Werbetexter heute nicht entscheidender als argumentierende Politikerinnen? Und die Meinung der Bevölkerung ist im Einzelfall weder a priori gemacht noch a priori richtig. Meinungsbildung ist ein Prozess, in dem Parteien mit ihren bekannten Grundhaltungen ebenso wie Politikerinnen und Politiker mit Sachkenntnis eigentlich einen hohen Stellenwert haben müssten. Allerdings brauchten sie dazu auch Glaubwürdigkeit. So wichtig das Gefühlsmässige ist, es kann die rationale Auseinandersetzung nicht ersetzen.

Wer wie wir Linken des öftern Abstimmungen verliert, muss sich die Frage gefallen lassen, ob er oder sie an den Leuten vorbeipolitisiert. Die Frage lässt sich allerdings nicht so einfach beantworten. Wo es um die kleineren Geschäfte der täglichen Politik und die dazu notwendigen Kompromisse geht, oder um die Sprache, um die Vermittlung, kann Selbstkritik nicht schaden. Soweit aber *grundlegende Überzeugungen* auf dem Spiel stehen, Überzeugungen, die unsere Wählerinnen und Wähler kennen und teilen, dürfen wir uns nicht nach der vorherrschenden Stimmung richten. Da müssen wir einfach die Politik «am Volk vorbei» und die Niederlage in Kauf nehmen, immer in der Hoffnung natürlich, dass unser Standpunkt auch wieder mehrheitsfähig wird. Es gibt ja genügend Beispiele dieser Art: AHV, Frauenstimmrecht und anderes. Langfristig entscheidend ist *Glaubwürdigkeit,* das heisst die Geradlinigkeit und Ehrlichkeit. An ihr müssen wir uns orientieren.

Ursula Leemann